Vorläufige Hinweise

für die Einreichung von Wahlvorschlägen zur Wahl des 20. Deutschen Bundestags in Baden-Württemberg im Jahr 2021

1. Wahltag

Die Wahlperiode des am 24. September 2017 gewählten 19. Deutschen Bundestages endet regulär am 24. Oktober 2021. Die Neuwahl des 20. Deutschen Bundestages muss vor Ablauf dieser Wahlperiode stattfinden. Der Bundespräsident bestimmt den Tag der Wahl des 20. Deutschen Bundestages. Mit der Bekanntgabe des Wahltermins ist Anfang 2021 zu rechnen.

2. Rechtsgrundlagen

Für die Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl gelten:

- das Bundeswahlgesetz (BWG) in der Fassung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1289, ber. S. 1594), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juni 2020 (BGBl. I S. 1409) geändert worden ist,
- und die Bundeswahlordnung (BWO) in der Fassung vom 19. April 2002 (BGBl. I S. 1376), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Februar 2020 (BGBl. I S. 199) geändert worden ist.

3. Wahlkreise

Durch das Vierundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 25. Juni 2020 (BGBl. I S. 1409), das am 30. Juni 2020 in Kraft getreten ist, wurde die Abgrenzung der 299 Bundestagswahlkreise für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag festgelegt. Für Baden-Württemberg hat sich keine Änderung des Zuschnitts der Wahlkreise ergeben. Mit einer weiteren Änderung der Wahlkreiszuschnitte vor der Wahl des 20. Deutschen Bundestages ist angesichts des Inhalts des aktuellen Gesetzesentwurfs der Fraktionen CDU/CSU und SPD zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (BT-Drs. 19/22504) nicht zu rechnen. Der Gesetzesentwurf sieht zwar eine Reduzierung der Wahlkreise von 299 auf 280 vor, allerdings erst mit Wirkung ab 1. Januar 2024. Die aktuelle Abgrenzung und Beschreibung der Wahlkreise ist aus der Anlage 2 des Bundeswahlgesetzes ersichtlich.

4. **Beteiligungsanzeige**

Nach § 18 Absatz 1 BWG müssen Parteien, die an der Wahl teilnehmen wollen, dem Bundeswahlleiter ihre Beteiligung bis spätestens am **97. Tag vor der Wahl bis 18:00 Uhr** schriftlich anzeigen. Keine Anzeigepflicht besteht für Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind.

Die Beteiligungsanzeige muss dem Bundeswahlleiter schriftlich im Original vorliegen. Eine Verlängerung der Frist kommt nicht in Betracht. Telegramme, Telefaxe, Fernschreiben oder E-Mails erfüllen die Schriftform nicht.

In der Anzeige ist anzugeben, unter welchem Namen sich die Partei an der Wahl beteiligen will. Die Beteiligungsanzeige muss von mindestens drei Mitgliedern des Bundesvorstands, darunter dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Hat eine Partei keinen Bundesvorstand, so tritt der Vorstand der jeweils obersten Parteiorganisation an die Stelle des Bundesvorstandes. Der Beteiligungsanzeige sind zudem folgende Anlagen hinzuzufügen:

- die aktuelle Satzung,
- der in der Satzung festgelegte Parteiname,
- die in der Satzung bestimmte Kurzbezeichnung der Partei (falls vorhanden),
- das Parteiprogramm,
- Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Vorstandes,
- Nachweise, die eine Prüfung der Parteieigenschaft durch den Bundeswahlausschuss ermöglichen (Nachweise über Dauer des Bestehens der Vereinigung, Zahl der ausländischen Mitglieder insgesamt und im Vorstand, Umfang und Festigkeit der Organisation, Ort des Sitzes oder der Geschäftsleitung; vgl. auch § 2 Parteiengesetz).

Die Beteiligungsanzeige dient der Feststellung der Parteieigenschaft. Der Bundeswahlausschuss stellt spätestens am **79. Tag vor der Wahl** für alle Wahlorgane verbindlich fest,

- welche Parteien im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren,
- und welche Vereinigungen für die Wahl als Parteien anzuerkennen sind.

Davon ausgenommen sind lediglich die Fälle, in denen Vereinigungen/Parteien gegen die negative Entscheidung Klage beim Bundesverfassungsgericht erheben. Für sie greift die Fiktion des § 18 Absatz 4a BWG.

Nähere Auskünfte hierzu erteilt auf Anfrage der Bundeswahlleiter, Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden (Tel.: 0611/75-4863, Telefax: 0611/72-4000, E-Mail: post@bundeswahlleiter.de. Auf das Internetangebot des Bundeswahlleiters wird hingewiesen (www.bundeswahlleiter.de).

5. Frist für die Einreichung der Landesliste

Landeslisten sind nach § 19 BWG bis spätestens am **69. Tag vor der Wahl bis 18:00 Uhr** schriftlich bei der **Landeswahlleiterin** zusammen mit den unter Nr. 10 aufgeführten Anlagen einzureichen (absolute Ausschlussfrist).

Soweit Unterlagen und Erklärungen persönlich und handschriftlich unterzeichnet oder eingereicht bzw. abgegeben werden müssen, reicht es nicht aus, sie durch Telegramm, Telefax, E-Mail oder in sonstiger elektronische Form zu übermitteln. Der Eingang von in dieser Form übermittelten Unterlagen wahrt vorgeschriebene Fristen nicht.

Die **frühzeitige Einreichung der Landesliste ist erwünscht** und liegt auch im Interesse der Partei, damit die eingereichten Unterlagen rechtzeitig vorgeprüft und etwaige Mängel möglichst noch vor Ablauf der Einreichungsfrist behoben werden können.

6. Aufstellung der Landesliste

Landeslisten können nur von Parteien eingereicht werden. Jede Partei kann in jedem Bundesland nur eine Landesliste einreichen.

Die Landesliste muss in einer Versammlung von zur Bundestagswahl in Baden-Württemberg wahlberechtigten Parteimitgliedern aufgestellt werden und zwar

- in einer Mitgliederversammlung (Versammlung aller in Baden-Württemberg zum Zeitpunkt des Zusammentritts der Versammlung wahlberechtigten Parteimitglieder) oder
- in einer besonderen Vertreterversammlung (Versammlung von Vertretern, die von einer Spiegelstrich 1 entsprechenden Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte gewählt wurden) oder

- in einer allgemeinen Vertreterversammlung (Versammlung, die nach der Parteisatzung allgemein für bevorstehende Wahlen von einer Spiegelstrich 1 entsprechenden Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte bestellt wurde).

Unabhängig vom Wahltermin dürfen gemäß § 21 Absatz 3 Satz. 4 BWG die Wahlen der Vertreterinnen und Vertreter für die Vertreterversammlungen frühestens 29 Monate, die Wahlen zur Aufstellung von Wahlkreisbewerberinnen und -bewerbern frühestens 32 Monate nach Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages erfolgen. Die Wahlperiode des 19. Deutschen Bundestages begann mit der konstituierenden Sitzung am 24. Oktober 2017. Für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag hätte mit der Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für die Vertreterversammlungen somit bereits ab dem 25. März 2020 begonnen werden können. Seit dem **25. Juni 2020** dürfen die Wahlen für die Aufstellung der **Kandidatinnen und Kandidaten für die Landeslisten** stattfinden. Versammlungen vor den jeweiligen Stichtagen sind unwirksam und müssen wiederholt werden.

Aufstellungsversammlungen sind auch seit langem, derzeit gemäß § 11 Absatz 1 der aktuellen Corona-Verordnung des Landes Baden-Württemberg (CoronaVO) vom 23. Juni 2020 in der ab 6. August 2020 gültigen Fassung erlaubt, da es sich bei den Aufstellungsversammlungen um Zusammenkünfte handelt, die der Wahrnehmung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit nach Artikel 8 des Grundgesetzes zu dienen bestimmt sind. Für sie gilt keine Obergrenze der Teilnehmerzahl. Auf die besonderen Hygienevorgaben nach § 11 Absatz 2 der CoronaVO, wonach die Versammlungsleitung auf die Einhaltung der Abstandsregel (§ 2 CoronaVO) hinzuwirken hat und die zuständigen Behörden weitere Auflagen, beispielsweise zur Einhaltung der Hygieneanforderungen nach § 4 CoronaVO, festlegen können, sowie die Möglichkeit des Verbots einer Versammlung nach § 11 Absatz 3 der neuen CoronaVO wird hingewiesen.

Hinsichtlich der Durchführung der Veranstaltung und der dabei zu beachtenden Hygieneauflagen ist die jeweilige Gemeinde und das zuständige Gesundheitsamt des Versammlungsorts zuständig. Vor Abhaltung einer Aufstellungsversammlung empfiehlt sich eine Kontaktaufnahme mit den genannten Stellen.

Die Bewerber müssen in geheimer Abstimmung gewählt werden. Die Reihenfolge der Bewerber in der Landesliste muss ebenfalls in geheimer Abstimmung festgelegt werden. Wie viele Bewerber aufgestellt werden, bleibt der Partei überlassen. Es ist davon auszugehen, dass mindestens drei stimmberechtigte Teilnehmer an einer Versammlung teilnehmen müssen, um das Merkmal der geheimen Wahl zu erfüllen. Jeder stimmberechtigte Teilnehmer der Versamm-

lung kann Bewerber vorschlagen. Den Bewerbern ist Gelegenheit zu geben, sich und ihr Programm der Versammlung in angemessener Zeit vorzustellen. Im Übrigen sind für das Bewerberaufstellungsverfahren die Bestimmungen der betreffenden Partei maßgebend.

Über die Aufstellung der Landesliste ist eine Niederschrift mit Angaben über Art (Mitglieder- oder Vertreterversammlung), Ort und Zeit der Versammlung, Form der Einladung, Zahl der erschienenen Mitglieder und Ergebnis der Abstimmung zu erstellen; diese soll nach dem Muster der Anlage 23 BWO gefertigt werden. Außerdem müssen der Leiter der Versammlung und neben ihm zwei von der Versammlung bestimmte weitere Versammlungsteilnehmer an Eides statt versichern, dass die gesetzlichen Bestimmungen bei der Aufstellung der Landesliste beachtet worden sind; diese Versicherung an Eides statt soll nach dem Muster der Anlage 24 BWO abgegeben werden (§ 27 Absatz 5 i. V. m. § 21 Absatz 3, 5 und 6 BWG).

Bewerber müssen die Wählbarkeitsvoraussetzungen des § 15 BWG erfüllen. Der Nachweis ist durch eine Wählbarkeitsbescheinigung des zuständigen Bürgermeisteramts nach dem Muster der Anlage 16 BWO zu erbringen.

Ein Bewerber kann nur in einem Land und hier nur in einer Landesliste vorgeschlagen werden. Der Bewerber muss seine Zustimmung hierzu auf einer Zustimmungserklärung nach dem Muster der Anlage 22 BWO schriftlich erklären; die Zustimmung ist unwiderruflich. In dieser Anlage hat der Bewerber außerdem an Eides statt zu versichern, dass er nicht Mitglied einer anderen als der den Wahlvorschlag einreichenden Partei ist.

7. Inhalt und Form der Landesliste

Die Landesliste soll nach dem Muster der Anlage 20 BWO eingereicht und in Maschinen- oder Druckschrift ausgefüllt werden. Sie muss den Namen der einreichenden Partei und, sofern die Partei eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese enthalten. Hierbei ist der satzungsmäßige Parteiname nach § 4 Absatz 1 Satz 2 des Parteiengesetzes zu verwenden; Zusatzbezeichnungen können weggelassen werden. Die Landesliste muss außerdem Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand, Geburtsdatum, Geburtsort und Anschrift (Hauptwohnung) der aufgestellten Bewerber enthalten. Bei mehreren Vornamen sind auf dem Wahlvorschlag **alle** Vornamen anzugeben. Die Namen der Bewerber müssen in erkennbarer Reihenfolge aufgeführt sein.

8. Unterzeichnung der Landesliste

Die Landesliste ist von mindestens drei Mitgliedern des Vorstands des Landesverbands der Partei, darunter dem Vorsitzenden oder dem stellvertretenden Vorsitzenden, persönlich und handschriftlich zu unterzeichnen. Hat eine Partei im Land keinen Landesverband oder keine einheitliche Landesorganisation, so muss die Landesliste von den Vorständen aller nächstniedrigen Gebietsverbände der Partei in Baden-Württemberg in gleicher Weise unterzeichnet sein. Die Unterschriften des einreichenden Vorstands genügen, wenn dieser innerhalb der Einreichungsfrist (vgl. Nr. 5) eine persönlich und handschriftlich unterzeichnete Vollmacht der anderen beteiligten Vorstände beibringt (§ 21 Absatz 1 BWG).

9. Vertrauenspersonen

In der Landesliste sollen eine Vertrauensperson und eine stellvertretende Vertrauensperson mit Namen und Anschrift und möglichst auch mit Telefon-/Telefaxanschluss/E-Mail-Adresse angegeben werden. Fehlt die Angabe der Vertrauensperson und ihrem Stellvertreter, so gilt der erste Unterzeichner der Landesliste als Vertrauensperson, der zweite Unterzeichner als stellvertretende Vertrauensperson.

Die beiden Vertrauenspersonen vertreten die Landesliste im Zulassungsverfahren. Sie sind grundsätzlich jede für sich berechtigt, verbindliche Erklärungen zur Landesliste abzugeben und entgegenzunehmen (s. aber Nr. 12). Es sollen möglichst Personen benannt werden, die hinsichtlich der Aufstellung der Landesliste Auskunft erteilen können und für die Landeswahlleiterin auch kurzfristig erreichbar sind. Wie die Vertrauenspersonen für einen Wahlvorschlag bestellt werden, entscheiden die Parteien eigenständig.

10. Anlagen zur Landesliste

Der Landesliste (Anlage 20 BWO, ggf. mit Einlegeblättern) sind beizufügen:

- die Zustimmungserklärungen und Versicherungen an Eides statt zur Parteimitgliedschaft der aufgestellten Bewerber (Anlage 22 BWO),
- die Wählbarkeitsbescheinigungen für die aufgestellten Bewerber (Anlage 16 BWO),

- eine Ausfertigung der Niederschrift über die Aufstellungsversammlung (Anlage 23 BWO),
- die Versicherung an Eides statt zur Bewerberaufstellung (Anlage 24 BWO) und
- ggf. die notwendige Anzahl von Unterstützungsunterschriften mit den dazugehörigen Wahlrechtsbescheinigungen (Anlage 21 BWO, vgl. Nr. 11).

11. Unterstützungsunterschriften für die Landesliste

Landeslisten von Parteien, die nicht im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind, müssen in Baden-Württemberg von **2.000 Wahlberechtigten des Landes** unterzeichnet sein. Die Unterstützungsunterschriften sind auf den von der Landeswahlleiterin zur Verfügung gestellten amtlichen Formblättern nach Anlage 21 BWO zu erbringen (vgl. Nr. 15).

Die Wahlberechtigten, die eine Landesliste unterstützen, müssen die Erklärung auf dem Formblatt persönlich und handschriftlich unterzeichnen. Neben der Unterschrift sind Familienname, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift (Hauptwohnung) des unterzeichnenden Wahlberechtigten sowie der Tag der Unterzeichnung anzugeben.

Für jeden Unterzeichner ist auf dem Formblatt eine Bescheinigung des Bürgermeisters der Gemeinde, bei der er im Wählerverzeichnis einzutragen ist, erforderlich, dass er im Zeitpunkt der Unterzeichnung im Land wahlberechtigt ist. Die Wahlrechtsbescheinigung kann auch auf einem gesonderten Vordruck nach dem Muster der noch Anlage 21 BWO eingeholt werden; in diesem Fall ist die Bescheinigung der zugehörigen Unterstützungsunterschrift beizufügen bzw. sollte so mit ihr verbunden sei, dass sie nicht verlorengeht.

Jeder Wahlberechtigte darf nur eine Landesliste unterzeichnen. Unterzeichnet jemand mehrere Landeslisten, so ist nur eine Unterschrift für eine Landesliste gültig, alle weiteren Unterschriften sind ungültig. Die gleichzeitige Leistung einer Unterstützungsunterschrift für einen Kreiswahlvorschlag ist jedoch zulässig. Unterstützungsunterschriften dürfen erst nach der Aufstellung der Landesliste gesammelt werden; vorher geleistete Unterschriften sind ungültig.

12. Zurücknahme und Änderung der Landesliste

Eine Landesliste kann durch gemeinsame schriftliche Erklärung der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson zurückgenommen werden, solange nicht über die Zulassung entschieden ist (vgl. Nr. 13).

Nach Ablauf der Einreichungsfrist (vgl. Nr. 5) kann eine Landesliste nur durch gemeinsame schriftliche Erklärung der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson geändert werden, wenn ein Bewerber stirbt oder die Wählbarkeit verliert.

Nach der Zulassungsentscheidung ist jede Änderung ausgeschlossen.

13. Zulassung der Landeslisten

Der Landeswahlausschuss entscheidet am **58. Tag vor der Wahl** über die **Zulassung der Landeslisten**. Die Vertrauenspersonen werden zu der Sitzung eingeladen.

Gegen die Entscheidung des Landeswahlausschusses ist die Beschwerde möglich. Die Beschwerde ist innerhalb von drei Tagen nach der Bekanntgabe der Entscheidung schriftlich oder zur Niederschrift bei der Landeswahlleiterin einzu legen; die Schriftform gilt auch durch Telegramm, Fernschreiben oder Telefax als gewahrt. Über die Beschwerde entscheidet der Bundeswahlausschuss. Seine Entscheidung ist endgültig.

Die zugelassenen Landeslisten werden im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg öffentlich bekannt gemacht.

14. Kreiswahlvorschläge

Parteien können neben der Einreichung einer Landesliste auch in jedem Wahlkreis einen Kreiswahlvorschlag einreichen. Für die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlungen und zur Aufstellung der Wahlkreisbewerber gelten dieselben frühestmöglichen Zeitpunkte wie für die Landeslisten (seit 25. März 2020 bzw. 25. Juni 2020, vgl. Nr. 6) mit folgender Ausnahme:

Da nicht nur die Wahlkreisbewerber, sondern auch die Vertreter für die Vertreterversammlungen nach § 21 Absatz 1 BWG von im Wahlkreis wahlberechtigten Parteimitgliedern zu wählen sind, ist auch bereits für diese Wahlen Vorausset-

zung, dass sich die betreffenden Wahlkreise in ihrem Zuschnitt nicht mehr nachträglich ändern, folglich die Abgrenzungen der Bundestagswahlkreise für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag feststehen. Die Abgrenzung der Wahlkreise wurde durch das 24. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 25. Juni 2020 (BGBl. I S. 1409) festgelegt, das am 30. Juni 2020 in Kraft getreten ist. Auf die Abgrenzung der baden-württembergischen Wahlkreise hatte das genannte Änderungsgesetz jedoch keine Auswirkungen. Weitere Änderungen der Wahlkreiszuschnitte sind vor der Wahl des 20. Deutschen Bundestags nicht zu erwarten (vgl. Nr. 3).

Die **Kreiswahlvorschläge** sind bis spätestens am **69. Tag vor der Wahl bis 18:00 Uhr** schriftlich beim für den jeweiligen Wahlkreis **zuständigen Kreiswahlleiter** einzureichen. Nähere Auskünfte hierzu erteilen die Kreiswahlleiter.

Die Namen, Anschriften und Telekommunikationsanschlüsse der zuständigen Kreiswahlleitungen für die Bundestagswahl 2021 sind in das Internetangebot des Innenministeriums eingestellt (www.im.baden-wuerttemberg.de, Rubrik Land & Kommunen/Lebendige Demokratie/Wahlen/Bundestagswahl).

15. Vordrucke

Die für die Einreichung einer Landesliste erforderlichen Vordrucke werden auf Anfrage von der Landeswahlleiterin kostenfrei zur Verfügung gestellt. Dazu werden die Vordrucke auf Wunsch in Papierform oder zum elektronischen Ausfüllen im PDF-Format übermittelt.

Alternativ können die Wahlvorschläge erstmals bei der Bundestagswahl 2021 voraussichtlich ab Ende Oktober 2020/Anfang November 2020 bequem über ein vom Bundeswahlleiter zur Verfügung gestelltes Online-Portal erstellt und nahezu vollständig für die Einreichung bei den Kreis- und Landeswahlleitungen vorbereitet werden. Diese Möglichkeit erspart Zeit und erleichtert die Erstellung des Wahlvorschlags erheblich. Denn im Online-Portal müssen die Basisdaten, wie z. B. Parteiname und Kurzbezeichnung, nur einmal eingegeben werden. Die Basisdaten werden anschließend automatisch in die richtigen Stellen der weiteren Formulare eingetragen. Gleiches geschieht mit den Bewerberdaten oder wenn an einer Stelle Korrekturen vorgenommen wurden. Da das Online-Portal zudem eine Vorprüfung durchführt, wird auf noch fehlende Angaben und Anlagen, die für die Einreichung des Wahlvorschlags erforderlich sind, hingewiesen. Über den Start des Kandidatenportals werden wir die Parteien informieren.

Formblätter für Unterstützungsunterschriften werden gedruckt, als Druckvorlage oder in elektronischer Form bereitstellt. Sie können jedoch erst nach der Aufstellung der Landesliste ausgegeben werden; hierzu ist durch die Partei formlos zu bestätigen, dass die Aufstellung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen (vgl. Nr. 6) erfolgt ist.

Bei der Anforderung von Vordrucken ist der Name der Partei sowie, sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese anzugeben. Bei der Anforderung von Formblättern für Unterstützungsunterschriften sollen zudem Name und Kontaktdaten der Partei für die Eintragung in den Datenschutzhinweisen auf der Rückseite des Formblatts angegeben werden.

Vordrucke für die Aufstellung von Kreiswahlvorschlägen werden von den Kreiswahlleitungen (vgl. Nr. 14) ausgegeben und sind dort anzufordern.

Die Wählbarkeitsbescheinigungen für die aufgestellten Bewerber und die Wahlrechtsbescheinigungen für Personen, die Unterstützungsunterschriften leisten, werden von den Bürgermeisterämtern kostenfrei erteilt. Da die von den Gemeinden zu bescheinigende Wählbarkeit der aufgestellten Kandidaten (Landesliste oder Kreiswahlvorschläge) auf den Wahltag bezogen ist, folglich eine Prognoseentscheidung darstellt, sollte sie erst nach der Bestimmung des Wahltags bei den Gemeinden eingeholt und von den Gemeinden bescheinigt werden.

Wahlrechtsbescheinigungen für Unterstützer von Landeslisten (vgl. Nr. 11) oder Kreiswahlvorschlägen können auch vor der Bestimmung des Wahltags eingeholt werden, da das Wahlrecht zum Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein muss.

16. Sonstiger Hinweis

Nach der Bestimmung des Wahltags durch den Bundeswahlleiter fordern die Landeswahlleiterin und die Kreiswahlleitungen durch öffentliche Bekanntmachung zur Einreichung von Wahlvorschlägen auf.

17. Verwendung männlicher und weiblicher Personenbezeichnungen

Diese Hinweise beziehen sich auf weibliche, männliche und diversgeschlechtliche Personen gleichermaßen. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, wurde grundsätzlich die in den zitierten Rechtsvorschriften verwendete männliche Form der Personenbezeichnungen gewählt.

Stuttgart, den 23. September 2020

gez. Cornelia Nesch
- Landeswahlleiterin -